

## Braunkohletag I

### Ministerpräsident von Sachsen dankt Verband

Braunkohle ist für die neuen Bundesländer seit Jahrzehnten der wichtigste Energieträger. „Der DEBRIV hat sich für die Braunkohle engagiert, hat die Politik beraten und war an unserer Seite, als es um den Strukturwandel ging,“ sagte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer in seinem Grußwort zum diesjährigen digitalen Braunkohletag. Der DEBRIV habe sich große Verdienste erworben auf einem Weg, der nicht einfach war, um in eine neue Zeit aufzubrechen, die Braunkohleverstromung langfristig und schrittweise zu beenden und sich neuen Energieträgern und Technologien zuzuwenden. „Ich bin sehr dankbar für diese Begleitung der vergangenen Jahre und freue mich, wenn wir uns im Jahre 2022 wieder physisch treffen können, um uns auszutauschen und miteinander zu sprechen. Bis dahin ein herzliches Glückauf!“

«Ich bin sehr dankbar für  
die Begleitung.»

MICHAEL KRETSCHMER,  
MINISTERPRÄSIDENT VON SACHSEN

## Braunkohletag II

### Europäische Kohleindustrie geht ähnliche Wege

Das Jahr 2021 wird für die Kohle ein besseres als 2020 werden, erklärte EURACOAL-Präsident Vladimír Budinský in seinem Online-Grußwort zum diesjährigen Braunkohletag. Die internationale Energieagentur (IEA) erwarte, dass die globale Kohlenachfrage um 4,5 Prozent steigt und damit zum Niveau von 2019 in Höhe von 7,6 Milliarden Tonnen (Mrd. t) zurückkehrt, die Hälfte davon entfalle auf China. Aber auch Indien verbrauche mehr Kohle, weil das Land alle Energieformen für die Entwicklung benötigt. Selbst in Europa steigt die Nachfrage nach Kohle, sagte Budinský. Aber diese Entwicklung werde nicht von Dauer sein, weil der aktuelle Preis von 50 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> im europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) den Kohlepreis verdreifache. Die langfristige Entwicklung folge einem eindeutigen Trend: Der Anteil der Kohle am Strommix in Europa werde weiter sinken. Seit 1990 ist die Kohleverwendung in der EU um 70 Prozent zurückgegangen. Das habe zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um über 70 Prozent geführt und in den nächsten Jahren werde noch mehr geschehen, erklärte der Präsident des Verbandes der europäischen Kohleindustrie.

Der starke Anstieg der CO<sub>2</sub>-Preise führe zu Problemen bei vielen EURACOAL-Mitgliedsunternehmen. Die EU-Kommission habe eine weitere ETS-Reform angekündigt und die europäische Kohleindustrie sollte diesen Prozess konstruktiv begleiten, erklärte Budinský. Aber die EU sei nicht die einzige und vielleicht nicht einmal die wichtigste Ebene zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens. Die globale, die nationale und die regionale Ebene sind nach Ansicht des EURACOAL-Präsidenten mitentscheidend: Die EU ist für weniger als 9 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Es sei offenkundig, dass Klimapolitik nur global gelingen kann. „Wir müssen also mehr in die Welt schauen. Auf die G20-Ebene

Mit einer Dokumentation  
des digitalen Braunkohletags  
2021

## «Der Emissionshandel muss die unterschiedliche Kaufkraft in den EU-Mitgliedsländern berücksichtigen.»

VLADIMIR BUDINSKÝ,  
EURACOAL-PRÄSIDENT

zum Beispiel,“ so Budinský. Andererseits müsse die Subsidiarität berücksichtigt werden. Jedes Land und jede Region in der EU habe eine besondere Situation. Der Nationalstaat muss die Versorgungssicherheit seiner Bürger und der Industrie garantieren. Nationale Vereinbarungen zum Ausbau der Stromnetze oder zum Kohleausstieg müssen deshalb auf EU-Ebene respektiert werden. Deutschland, so Budinský, habe sich auf das Jahr 2038 für das Enddatum zum Kohleausstieg verständigt. Das war das Resultat eines gesellschaftlichen Kompromisses. Damit ist Deutschland Vorbild für andere kohleintensive Länder. Tschechien hat ebenfalls eine Kohlekommission eingerichtet. Wahrscheinlich wird auch hier 2038 die Nutzung der Kohle beendet. Polen hat sich auf das Jahr 2049 festgelegt. Andere Länder wie Slowenien oder Rumänien diskutieren noch. „In jedem Fall sollten wir die jeweiligen Entscheidungen achten,“ sagte Budinský. Denn die EU basiere auf gegenseitigem Respekt von Entscheidungen ihrer Mitglieder gerade im Energiebereich. Budinský sprach auch den Aspekt der unterschiedlichen Kaufkraft in den verschiedenen EU-Mitgliedsländern an. Ein einheitlicher Preis für CO<sub>2</sub> in der gesamten EU sei ungerecht. Hier sollten die Nationalstaaten Möglichkeiten zum Nachsteuern haben. Der ETS-Sektor habe in den zurückliegenden 15 Jahren zu einer Emissionsreduktion von 35 Prozent geführt und damit die Hauptlast bei der Emissionsminderung getragen. Jetzt gelte es, die Lasten für die Emissionsminderung bis 2030 gerecht zu verteilen. Budinský wies darauf hin, dass der Strommarkt empfindlicher auf CO<sub>2</sub>-Preisschwankungen reagiere als der Transportsektor oder der Gebäudebereich. Wichtige Stromverbraucher können einfach abwandern. „Bei allen Diskussionen sollten wir nie vergessen, dass Kohle noch immer essentiell für die Versorgungssicherheit in vielen EU-Mitgliedstaaten ist. Jeder Plan zum Kohleausstieg muss dies berücksichtigen und gute Alternativen aufzeigen,“ beschloss der EURACOAL-Präsident sein Grußwort zum diesjährigen Braunkohletag.

## Braunkohletag III

### Braunkohleindustrie fordert Verlässlichkeit

Die deutsche Braunkohleindustrie fordert Verlässlichkeit in der Energie- und Klimapolitik, um den gesetzlich geregelten Kohleausstieg bis Ende 2038 erfolgreich zu gestalten. Zu keinem anderen energiepolitischen Thema habe, so der Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Dr. Helmar Rendez, in den vergangenen Jahrzehnten ein ähnlich umfassender gesamtgesellschaftlicher Dialog stattgefunden, den es aus Sicht der Braunkohleindustrie zu sichern und zu festigen gilt.

Das Kohleausstiegsgesetz berücksichtigt nach Auffassung der Braunkohleindustrie angemessen die Interessen der Reviere. Die verbleibenden Zeiträume für die Kohlenutzung geben den Revieren eine faire Chance zur Anpassung und Neuausrichtung. Weitere die Energiewirtschaft treffende Klimazielsverschärfungen oder Eingriffe in die Tagebauentwicklung würden dagegen das Risiko von Strukturbrüchen in den betroffenen Regionen verstärken. Tagebaue und Kraftwerke in den Braunkohlerevieren bleiben bis Ende 2038 notwendig, um die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland nicht zu gefährden. „In den ersten Monaten des laufenden Jahres haben wir gesehen, dass es jederzeit zu Dunkelflauten kommen kann, die eine Absicherung durch konventionelle Kraftwerke erfordert,“ sagte Rendez auf dem diesjährigen Braunkohletag, der in diesem Jahr online mit mehreren Hundert Teilnehmern durchgeführt wurde.

Verlässlichkeit für den weiteren Betrieb der Tagebaue und Kraftwerke sei unverzichtbar, da komplexe Tagebaue mit den zugehörigen Kraftwerken und Veredlungsbetrieben nicht stetig an geänderte Ausgangsvorgaben angepasst werden können. Dies sei auch nicht erforderlich, denn der deutsche Kohleausstiegspfad, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende, ist mit den Vorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens und den nationalen Mindestleistungspflichten vereinbar: Bis 2019 hat die Braunkohle in Deutschland ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um 60 Prozent gemindert und steht damit an der Spitze der Industriesektoren. Bis zum Jahr 2023 wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus der Nutzung der Braunkohle in Deutschland um 70 Prozent unter dem Ausgangsniveau von 1990 liegen. Bis 2030 werden die Emissionen der deutschen Braunkohle etwa um 80 Prozent gegenüber 1990 zurückgehen und späte-



## «Wir brauchen Verlässlichkeit.»

DR. HELMAR RENDEZ,  
VORSTANDSVORSITZENDER  
DES DEBRIV

stens Ende 2038 bei Null liegen. Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende wandte sich auf dem diesjährigen Braunkohletag gegen einen neuen Überbietungswettbewerb bei den Klimazielen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Einhaltung der Generationsverantwortung beim Klimaschutz müsse verantwortungsvoll und sachgerecht umgesetzt werden. Die jetzt vorgelegte Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes darf nicht zu neuen Unsicherheiten und Risiken führen; für die Braunkohle steht der Ausstiegspfad bereits fest. Wer nun einen noch früheren Kohleausstieg fordert, der verkennt die Erforderlichkeit einer sicheren Energieversorgung der deutschen Wirtschaft für ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie die Herausforderungen der Strukturentwicklung in den Revieren. Bund und Länder müssen die erst im Sommer 2020 beschlossenen Regelungen des KVBG bei allen relevanten Beratungen auf der EU-Ebene berücksichtigen, schützen und durchsetzen. Die Politik darf nicht aus den Augen verlieren, wie ambitioniert der aktuelle Minderungspfad in der Braunkohle nach dem KVBG bereits heute ist, erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Zudem werde der europäische Handel mit Emissionszertifikaten dafür sorgen, dass der europäische CO<sub>2</sub>-Reduktionspfad im Bereich der Kraftwerke und großen Industriebetriebe eingehalten werde.

## Braunkohletag IV

### Klimaschutz braucht nicht nur Ziele

Klimaschutz erschöpft sich nicht im Überbieten der Ziele. Das gelte auch und gerade in Wahlkampfzeiten, erklärte die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Kerstin Andreae, im Rahmen einer Diskussionsrunde anlässlich des diesjährigen Braunkohletags. Gerade auch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, beim Klimaschutz mehr Rücksicht auf die Generationengerechtigkeit zu nehmen, müssen Ziele durch konkrete Maßnahmen und Instrumente hinterlegt werden.

Der Vorstandsvorsitzende des DEBRIV, Dr. Helmar Rendez, bemängelte die Eile bei der gerichtlich angemahnten Novellierung des Klimagesetzes. Eine Neufassung hätte gründlicher und einschließlich einer Folgen- und Kostenabschätzung erfolgen können und müssen, sagte Rendez. Die BDEW-Hauptgeschäftsführerin machte die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 einschließlich der Zwischenziele davon abhängig, ob der notwendige Zubau bei den erneuerbaren Energien verwirklicht werde. Rendez wünschte sich intensivere energiewirtschaftliche Diskussionen und Verbindlichkeit in den Entscheidungen über die Bereitstellung gesicherter Leistung in der Stromerzeugung, zusätzlicher Netze sowie Speicher und anderen zwingend notwendigen Technologien für die Energiewende.

Für die Anpassung der Tagebaue an den veränderten Kohlebedarf der Braunkohlekraftwerke sei Planungssicherheit wichtig. Die Transformation der bisherigen Kohlereviere werde, so Rendez, zu kleinteiligeren, dezentralen Strukturen führen. Dennoch gehe es um den Erhalt von Industriearbeitsplätzen. Der Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal hält das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz für eine historische Entscheidung, die eine Form der Energienutzung beende, die über Jahrzehnte für Versorgungssicherheit gesorgt hat. Das traditionelle Zieledreieck der sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung werde zunehmend um den Aspekt der Akzeptanz ergänzt. Dennoch sei es wichtig, den Kohleausstieg durch „Checkpoints“ zu begleiten, um zu prüfen, ob die Versorgungssicherheit erhalten bleibe.

Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), Holger Lösch, wies darauf hin, dass die deutsche Industrie ihren Treibhausgasausstoß um mehr als ein Drittel vermindert habe sowie die Entwicklung klimafreundlicher Technologien voranbringe. Bei der Elektromobilität komme viel Innovation aus Deutschland. Bei der Wasserstofftechnologie sind deutsche Firmen „ganz weit vorn dabei, um Strom transport- und speicherfähig zu machen“. Klimaneutralität bis 2045 bedeute ungefähr eine Versechsfachung der Reduktionsdynamik. Dies könne nur gelingen, wenn

**«Klimaschutz erschöpft sich nicht im Überbieten der Ziele.»**

KERSTIN ANDRAE  
BDEW-HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERIN

jetzt Instrumente nachgelegt werden und die sich ausbreitende Klage- und Einwandkultur eingedämmt werde. Der DEBRIV-Hauptgeschäftsführer Dr. Thorsten Diercks sagte, dass der Kohleausstieg kein singulärer Weg Deutschlands sei, sondern viele Länder schrittweise diesem Weg folgen. In Tschechien habe man sich ebenfalls für das Enddatum 2038 entschieden, Polen will die Kohle noch bis in die 2040er Jahre nutzen. In allen Ländern stelle sich die Frage, wie diese Entwicklungen gesellschaftlich und gesetzlich verlässlich geregelt werden können, um Strukturbrüche zu verhindern.

## Braunkohletag V

### Reviere bieten Zukunftsperspektiven für junge Menschen

«Ich möchte in der Region bleiben. Das ist mir wichtig.»

JESSICA SCHMIDT,  
MECHATRONIKERIN BEI DER LEAG

Anlässlich des diesjährigen Braunkohletags befragte der DEBRIV jüngere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen seiner Mitgliedsunternehmen zu ihren beruflichen und privaten Zukunftserwartungen. Jessica Schmidt (24), Mechatronikerin im Kraftwerk Jänschwalde, sieht sich durch ihre Ausbildung bei der LEAG „sehr gut aufgestellt“. Das Berufsbild Mechatroniker sei sehr vielseitig. Ausbildungskooperationen mit anderen Unternehmen in der Lausitz würden zudem gute Zukunftsperspektiven für junge Menschen eröffnen. Für die junge Mechatronikerin ist es sehr wichtig, dass die Lausitz eine bedeutende und eigenständige Region bleibt, die hochwertige und gutbezahlte Arbeitsplätze auch im Industriebereich bietet. Für junge Menschen müsse die Möglichkeit erhalten bleiben, in ihrer Region und bei ihren Familien leben und arbeiten zu können. „Ich möchte hier in der Region bleiben. Das ist mir sehr wichtig,“ erklärte Jessica Schmidt. Auch für Sebastian Malz (31) aus dem Zentrallabor der Mibrag ist ein stabiles soziales Umfeld wichtig. Jasmin Hauck (22), Maschinenanlagenführerin bei der MIBRAG, betrachtet die mit dem Kohleausstieg verbundenen Arbeitsplatzverluste besorgt. Auch um die Sicherheit der künftigen Stromversorgung macht sie sich Gedanken. Für Jasmin Hauck ist ein Leben in der Region Mitteldeutschland wichtig und sie hofft auf eine berufliche Zukunft bei der MIBRAG. Marcel Flohe (36), Industriemechaniker bei RWE Power und Vater von drei Kindern, sieht für sich im rheinischen Revier gute Perspektiven. Flohe absolviert derzeit die Oberklasse der Rheinischen Braunkohlenbergschule und qualifiziert sich zum Bergingenieur. Flohe hofft, bis 2043 im Unternehmen tätig sein zu können. Für sein Revier wünscht er sich viele gut bezahlte Industriearbeitsplätze. Für Marcel Sommer, Forstwirt bei RWE Power, ist 2038 kein beruflicher Endpunkt. Die Arbeit in der Rekultivierung werde noch Jahrzehnte weitergehen und viele interessante sowie wertvolle Landschaften hervorbringen. „Ich leiste mit meiner Arbeit einen aktiven Beitrag für die zukünftige Entwicklung der Region und zum Strukturwandel im rheinischen Revier,“ meint Marcel Sommer.

## Braunkohletag VI

### In den Revieren beginnt die Anpassung

Der Braunkohletag 2021 war die erste große Verbandstagung, nachdem Bundestag und Bundesrat ein Enddatum für die Kohle im Strommarkt festgelegt haben. Bereits 2021 haben die Entscheidungen der Politik erhebliche Auswirkungen auf die Tätigkeit in den Revieren, sagte der Vorsitzende des DEBRIV-Vorstands, Dr. Helmar Rendez, zum Auftakt des diesjährigen Braunkohletags. Im rheinischen Revier wurden 2020 in den Tagebauen Hambach, Garzweiler und Inden rund 51 Millionen Tonnen (Mio. t) Braunkohle gewonnen. Bereits Ende 2020 wurde ein 300 MW-Kraftwerksblock am Standort Niederaußem außer Betrieb gesetzt und damit erste Pflichten nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) umgesetzt. Bis Ende kommenden Jahres folgen Anlagen mit insgesamt 2.500 Megawatt (MW). 2022 endet auch die Brikettierung im Rheinland. Für die Zukunft der rheinischen Braunkohle hat die nordrhein-westfälische Landesregierung eine

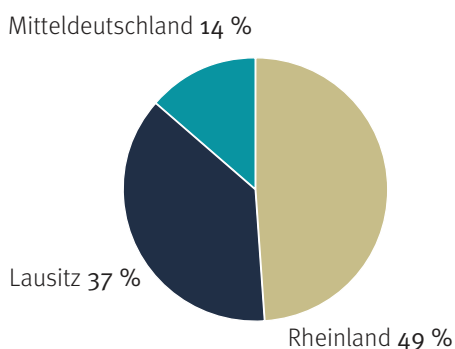
Leitentscheidung beschlossen und damit die weiteren Schritte für die Entwicklung der Tagebaue im Rheinland festgelegt. Die Leitentscheidung stellt einen geordneten Betrieb der Tagebaue Hambach und Inden sicher. Dort endet die Kohlegewinnung bis 2029. Die Leitentscheidung bestätigt andererseits die energiewirtschaftliche Erforderlichkeit des Tagebaus Garzweiler. Der Tagebau kann und soll bis zum Auslaufen der Kohleverstromung (spätestens Ende 2038) die verbleibenden Kraftwerke und Veredlungsbetriebe versorgen. Die Leitentscheidung enthält auch Festlegungen, die die Tagebauplanung verändern. Dazu zählen geänderte Abstandsregelungen, die Wiederherstellung der Autobahn A 61 sowie die Anpassung der Landschaftsgestaltung. Die bereits laufenden Umsiedlungen werden planmäßig fortgesetzt, so dass für die Menschen, die ihre Planungen bereits darauf ausgerichtet haben, keine Unsicherheiten entstehen.

In Mitteldeutschland erreichte die Förderung aus den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain 2020 mehr als 12 Mio. t Rohbraunkohle. Die genehmigten Lagerstättenvorräte reichen bis zur geplanten Abschaltung der Kraftwerke Lippendorf und Schkopau Mitte der 2030er Jahre. Der Betrieb des Braunkohle-Industriekraftwerks Deuben wird Ende 2021 enden, weil das Kraftwerk im Rahmen der Stilllegungsausschreibungen nach dem KVBG einen Zuschlag erhalten hat und dann stillgelegt werden muss. In beiden mitteldeutschen Tagebauen sind die mit hohen Investitionen verbundenen Wechsel in neue Abbaufelder innerhalb der Tagebaue weitgehend abgeschlossen. Beim Tagebau Vereinigtes Schleenhain soll der Ort Pödelwitz und das Abbaufeld Groitzscher Dreieck nicht mehr für die Kohleförderung in Anspruch genommen werden. Dies entspricht den Festlegungen des Koalitionsvertrags der sächsischen Regierungskoalition.

In der Lausitz wurden 2020 mehr als 43 Mio. t Braunkohle gefördert. Mit dem Lausitzer Revierkonzept waren bereits 2017 wesentliche Entscheidungen zur weiteren Entwicklung des Reviers getroffen worden. Das KVBG sieht jetzt verkürzte Laufzeiten für die Braunkohlekraftwerke vor. Für die Versorgung der Lausitzer Kraftwerke wird daher deutlich weniger Kohle benötigt als 2017 vorausgesetzt. Anfang 2021 erfolgte deshalb eine erneute Anpassung der Revierplanung. Im brandenburgischen Teil des Reviers ist davon vor allem der Tagebau Welzow-Süd betroffen. Er soll nicht in den räumlichen Teilabschnitt II fortgeführt werden. In Sachsen wurde der Umfang des Tagebaus Reichwalde im Vergleich zu den bisherigen Planungen reduziert. Im Tagebau Nochten ist weiterhin vorgesehen, das Teilfeld Mühlrose in Anspruch zu nehmen. Dafür gibt es, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende, „eine klare und nachweisbare energiepolitische und energiewirtschaftliche Notwendigkeit“. Die Lage des Tagebaus, die Beschaffenheit der jeweiligen Kohlen sowie der Tagebaufortschritt lässt keine andere Alternative, um insbesondere das Kraftwerk Boxberg langfristig zu versorgen. Der Vertrag für die bereits laufende Umsiedlung von Mühlrose liegt bereits seit März 2019 vor und wird seitdem mit großer Unterstützung bei den Umsiedlern umgesetzt.

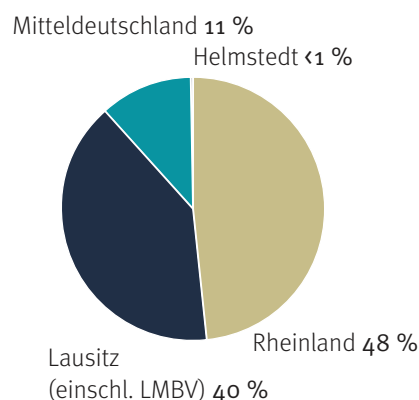
#### Braunkohleförderung in Deutschland im 1. Quartal 2021 nach Revieren Anteile in Prozent - insgesamt 31,5 Mio. t

Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.



#### Beschäftigte in der deutschen Braunkohleindustrie im 1. Quartal 2021 nach Revieren Anteile in Prozent - insgesamt 18.970

Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.



Der Verzicht auf die Gewinnung von Millionen Tonnen Kohle, die in den zumeist bereits genehmigten Feldern lagern, ist auch in der Lausitz ein tiefer Einschnitt für die betroffenen Unternehmen und ihre Beschäftigten, erklärte Rendez. Er zeigte sich zuversichtlich, dass innerhalb einer knappen Generation die bisher im Bergbau und in der Energieerzeugung tätige LEAG zu einem breit aufgestellten Energie-, Infrastruktur- und Serviceunternehmen mit erheblicher Wertschöpfung umgestaltet werden kann. Als aktuelle Beispiele für gezielte Investitionen in neue Geschäftsfelder erwähnte Rendez das Stromspeicher-Projekt Big Battery in Schwarze Pumpe, die Beteiligung am Gaskraftwerk Leipzig sowie PV-Anlagen auf Konversionsflächen und Windkraftanlagen auf Wiedernutzbarmachungs-Standorten.

Der Projektträger der Bergbausanierung in Ostdeutschland, die LMBV, hat die Sanierung in vielen Einzelprojekten weitergeführt. Die LMBV hat 2020 Leistungen im Umfang von rund 263 Millionen Euro erbracht. Das Wassermanagement ist nach drei Jahren relativ starker Trockenheit in Ostdeutschland derzeit besonders herausfordernd, sagte Rendez. Ein Schwerpunkt der Arbeit sei, die Zielvorgaben in den Fließgewässern, insbesondere im Bereich der Spree mit ihrer Bedeutung für die Bundeshauptstadt, zu gewährleisten. Insgesamt erwarten die LMBV noch für viele Jahre anspruchsvolle Aufgaben in der Bergbausanierung.

## Rheinland

### Reviervertrag unterzeichnet

Die nordrhein-westfälische Landesregierung und Vertreter der Region haben am 27. April 2021 mit dem Abschluss eines Reviervertrags den Startschuss für eine umfassende Strukturförderung im rheinischen Revier gegeben. Das rheinische Revier stehe mit dem Ausstieg aus der Braunkohle vor einer Jahrhundert-Herausforderung. Der Bund stelle bis zum Jahr 2038 insgesamt 14,8 Milliarden Euro zur Verfügung und das Land flankiere dies zusätzlich mit eigenen Mitteln, um den Strukturwandel zu bewältigen,“ erklärte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. Nun gehe es darum, auf dieser Basis Projekte und Ideen aus der Region in die Umsetzung zu bringen. Das rheinische Revier soll zur „Blaupause für eine treibhausgasneutrale Industrieregion neuen Typs und damit zum Vorbild mit nationaler und europäischer Ausstrahlung werden,“ sagte Laschet.

Nordrhein-Westfalen wird in den kommenden Jahren mit hoher Geschwindigkeit die CO<sub>2</sub>-Emissionen verringern und zunächst die Hauptlast des Kohleausstiegs in Deutschland tragen. Mit der Stilllegung des Kraftwerksblocks Niederaußem D hat bereits Ende 2020 der Ausstieg begonnen. Bis ins Jahr 2028 hinein werden alle endgültigen Stilllegungen von Braunkohleblöcken ausschließlich im rheinischen Revier erfolgen.

Mit dem jetzt geschlossenen Reviervertrag dokumentieren die Landesregierung und zentrale Akteure aus der Region die Grundsätze ihrer Zusammenarbeit. „Mit dem Reviervertrag haben wir die Weichen für eine nachhaltige und zukunftsgerechte Entwicklung gestellt. Indem wir die Kreislaufwirtschaft stärken, Maßnahmen zur Klimaanpassung umsetzen, grüne und blaue Infrastruktur fördern und eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft forcieren, kann das rheinische Revier eine international einzigartige Modellregion für Nachhaltigkeit werden“, so NRW-Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser. Der Minister für Arbeit und Soziales des Landes, Karl-Josef Laumann, erklärte: „Das Arbeitsministerium wird dafür kämpfen, dass das rheinische Revier mit seinen vielen gut ausgebildeten Fachkräften auch nach der Kohle ein starker Industriestandort bleibt, mit vielen industriellen Arbeitsplätzen, einer hohen Wertschöpfung und mit guten Tariflöhnen.“

Lars Kulik, Vorstandsmitglied Ressort Braunkohle der RWE Power AG, sagte in seinem Statement: „Ich unterschreibe den Reviervertrag, weil wir auch in Zeiten des Kohleausstiegs bis 2038 und der Energiewende als wichtiger Stromerzeuger, Arbeitgeber und Ausbilder in dieser Region bleiben und ihre Zukunft weiter mitgestalten wollen. Sie ist auch unsere Heimat, und für die fühlen wir uns seit jeher mitverantwortlich.“

«Das rheinische Revier wird zur Blaupause für eine treibhausgasneutrale Industrieregion neuen Typs.»

ARMIN LASCHET  
MINISTERPRÄSIDENT  
VON NORDRHEIN-WESTFALEN



Download des Wirtschafts- und  
Strukturprogramms  
<https://revier2030.exp0-ip.com>

In einem zur Unterzeichnung des Reviervertrags vorgelegten Wirtschafts- und Strukturprogramm wurden mehrere Handlungsfelder für den Strukturwandel festgelegt: Ein zentraler Sektor bleiben Energie und Industrie, daneben entsteht ein Zukunftsfeld Ressourcen und Agrobusiness sowie die Felder Digitalisierung, Innovation und Bildung sowie Raum und Infrastruktur. Ferner ist eine internationale Bau- und Technologieausstellung in Planung. In das Programm wurden bereits rund 100 konkrete Projekte aufgenommen.

## Kohle

### Pandemie vermindert Kohleverbrauch und Stromnachfrage weltweit

Die weltweite Produktion von Steinkohle verminderte sich 2020 um rund 4 Prozent auf etwa 6,9 Milliarden Tonnen (Mrd. t). Die Auswirkungen des Pandemieverlaufs und die dagegen ergriffenen Maßnahmen reduzierten die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und Elektrizität deutlich, wenngleich die Entwicklungen regional mit deutlichen Unterschieden verlief, schreibt der Verband der europäischen Kohleindustrie, EURACOAL, in seinem aktuellem Marktbericht. Mit einem Minus von 22 Prozent sank der Kohleverbrauch in der EU besonders stark. Die Kohleförderung in der EU verminderte sich um 19,3 Prozent, am stärksten sank die Produktion mit 24,4 Prozent allerdings in den USA im Zuge einer stark geschrumpften Stromerzeugung der Kohlekraftwerke und gesunkener Exporte. In Asien blieb die Nachfrage dagegen stabil. China, wo die Pandemie ihren Ausgang nahm, verzeichnete über das gesamte Jahr 2020 hinweg nur einen Rückgang des Kohleverbrauchs um 0,1 Prozent auf 3,69 Mrd. t. Die rückläufige Nachfrage bestimmte auch die moderate Preisentwicklung bei der Kohle mit unter 40 Dollar je Tonne in Europa und etwa 50 Dollar je Tonne in Asien im Jahresdurchschnitt. Die Notierungen für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate im Handelsraum des europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) starteten Anfang 2020 bei etwa 25 Euro je Tonne, fielen dann leicht zurück und stiegen bis zum Jahresende auf 33 Euro je Tonne. Dieser Trend setzte sich 2021 fort und im Mai

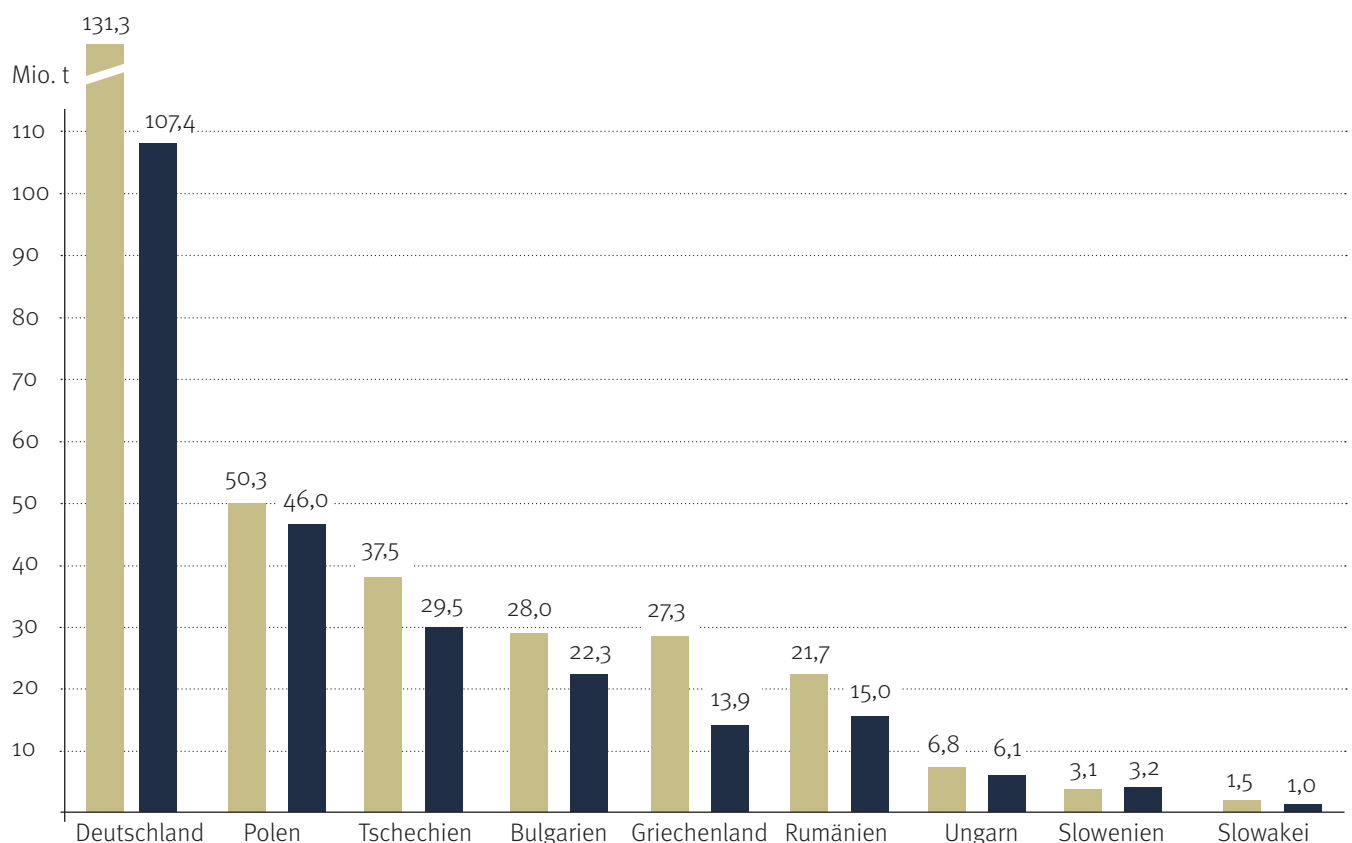


Download Karte Kohle in Europa 2020  
<https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2020/07/Kohle-in-Europa-2019-2020.pdf>

EURACOAL Market-Report  
<https://euracoal.eu/library/coal-market-reports/>

#### Braunkohleproduktion in der EU. Nach Ländern in Mio. t. 2019 ● 2020 ●

Quelle: EURACOAL



2021 erreichten die Notierungen die Marke von 50 Euro je Tonne CO<sub>2</sub>. Diese Preise, so EURACOAL, machen den Einsatz von Kohle in der Stromerzeugung häufig unwirtschaftlich. Der Verband kritisierte Marktspekulationen und berichtet von großen branchenfremden Marktteilnehmern, die Emissionsberechtigungen zu Spekulationszwecken nur kurzfristig erwerben.

Die Produktion von Braunkohle in der EU sank 2020 von 307,5 auf 244,3 Millionen Tonnen (Mio. t). Das entspricht einem Rückgang um knapp einem Fünftel. Bulgarien verminderte seine Produktion in dieser Größenordnung auf 22,3 Mio. t. In Tschechien sank die Produktion um rund 21 Prozent auf 29,5 Mio. t und in Deutschland gab es einen Rückgang um rund 18 Prozent auf 107,4 Mio. t. In Griechenland kam es mit 49 Prozent praktisch zu einer Halbierung der Produktion auf nunmehr etwa 13,9 Mio. t. Hintergrund ist die anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ungarn reduzierte die Förderung um gut 10 Prozent auf 6,1 Mio. t und die polnische Produktion verzeichnete ein Minus von 8,6 Prozent auf 46 Mio. t. Rumänien fuhr die Produktion um mehr als 30 Prozent auf 15,0 Mio. t zurück. Dieser Rückgang spiegelt auch den Übergang des Landes vom Nettoexporteur von Strom zum Importeur wider. In der Slowakei ging die Produktion von Braunkohle um ein Drittel zurück und fiel damit unter die Marke von 1 Mio. t. Dagegen kam es in Slowenien zu einem leichten Anstieg der Produktion auf 3,2 Mio. t. Auch in den beiden Nicht-EU-Staaten Bosnien/Herzegowina und Serbien kam es zu einer leichten Ausweitung bei der Produktion von Braunkohle. Insgesamt blieb die Braunkohle in zahlreichen Ländern Ost- und Südosteuropas eine wichtige Säule der sicheren und wettbewerbsfähigen Stromerzeugung.

## Bundesberggesetz

### Genehmigungsverfahren werden beschleunigt

Die zeitliche Begrenzung des Betriebs der deutschen Braunkohlekraftwerke hat unmittelbare Auswirkungen auf die Gewinnung des wichtigsten heimischen fossilen Energieträgers. Kraftwerke und Tagebaue bilden ein enges Verbundsystem und die Verstromung von Braunkohle wird nun früher und anders beendet als bisher in den Plänen der Unternehmen, in den Raumordnungsplänen sowie den bergrechtlichen Genehmigungen vorgesehen. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die bestehenden Tagebaue entsprechend der verbliebenen Nutzungszeiten umzuplanen. In ihrem Abschlussbericht hatte die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) gefordert, dass im Rahmen der Stilllegung die Verfahren zu Anpassungen von Genehmigungen unter Ausnutzung möglicher Beschleunigungen so zu führen sind, dass ein Stillstand der Tagebaue einschließlich der Wiedernutzbarmachung vermieden wird und durchgehende Planungssicherheit besteht.

Alle Um- oder Neuplanungen unterfallen dem Bundesberggesetz (BBergG), das in seiner jetzigen Fassung durch ein mehrstufiges Verfahren mit wiederkehrenden Zulassungen gekennzeichnet ist. Die Folge sind lange Verfahrensdauern, die dem neuen Zeitrahmen nicht mehr angemessen sind. Durch den gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Nutzung von Braunkohle in Deutschland erfolgt der Abbau nicht mehr nur wie bisher dynamisch fortschreitend, sondern ist auf ein zeitlich definiertes Ende ausgerichtet.

Mit der Novelle des Bergrechts beabsichtigt der Gesetzgeber jetzt eine Beschleunigung der Umplanung von Braunkohletagebauen durch Möglichkeiten zur Verlängerung der Regeldauer von Hauptbetriebsplänen. Darüber hinaus wurde durch eine Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung festgeschrieben, dass für eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Umplanung von Braunkohletagebauen nicht mehr erstinstanzlich die Verwaltungsgerichte, sondern direkt die Oberverwaltungsgerichte zuständig sind. Mit dieser Verkürzung des Instanzenzugs wird ein Beschleunigungseffekt in etwaigen Klageverfahren bezweckt, um schneller Rechtssicherheit in den Genehmigungsverfahren mit Bezug zum schrittweisen Kohleausstieg zu ermöglichen. Das Gesetz wurde vom Deutschen Bundestag am 07.05.2021 beschlossen und der Bundesrat hat anschließend keinen Einspruch eingelegt, so dass das Gesetz im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden konnte.



Download Gesetzentwurf: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/284/1928402.pdf>

Veröffentlichung im Bundesanzeiger  
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw18-de-bundesberggesetz-836846>

#### IMPRESSUM

Herausgeber  
DEBRIV - Bundesverband Braunkohle  
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin

Öffentlichkeitsarbeit  
Dipl.-Volkswirt Uwe Maassen  
Tel: 02271 / 99 57 7 - 34  
E-Mail: [uwe.maassen@braunkohle.de](mailto:uwe.maassen@braunkohle.de)  
Internet: [www.braunkohle.de](http://www.braunkohle.de)



Bundesverband Braunkohle  
DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 15.06.2021  
Druckauflage: 3.000 Exemplare